Pressestelle des Senats

Hamburg

Wochendienst

Nr. 46
vom 29. November 2013
Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Gesundheit und Verbraucherschutz

Chance zur Rückkehr in die Krankenversicherung nutzen 3

Hamburg und Shanghai vereinbaren enge Kooperation zur Lebensmittelsicherheit 4

Schule, Jugend und Berufsbildung

Wilhelmsburger Ganztagsschule Fährstraße und der Verein Interkulturelle Waldorfpädagogik nutzen die Chance der Zusammenarbeit 5

„MINT-Lehrerin 2013“: Nobelpreisträger ehrt Hamburger Gymnasiallehrerin 7

Vielfalt lernen beim Schülercampus 9

Praktikumsbörsen der Kammern gestartet 10

Landesmedienanstalt und Schulbehörde starten „Internet-ABC-Schule Hamburg“ 13

Wissenschaft und Forschung

2. Norddeutscher Wissenschaftspreis in Bremen verliehen 15

Wirtschaft, Verkehr und Hafen

Ein Stück der Hamburger Elbe bald wieder im Urzustand 17

Fußgängerleitsystem wurde erweitert 19

Kultur

Neue Lösungen zum Erhalt historischer Backsteinfassaden 20

Jüdisches Erbe für Nachwelt dokumentiert 22

Sport

Frühestmöglich Freude am Sport wecken 23

Bund

917. Sitzung des Bundesrates 25

Rechnungshof

Rechnungshof legt Gutachtliche Äußerung zur Hamburg Energie GmbH vor 29

Zur Information

Terminkalender 31

26. November 2013/bgv26

Chance zur Rückkehr in die Krankenversicherung nutzen

Bis Ende des Jahres gilt ein Schuldenerlass

Menschen ohne Krankenversicherung haben noch fünf Wochen Zeit, ohne Schuldenberg in eine gesetzliche Krankenkasse zurück zu kehren. Bis Ende 2013 gilt der gesetzliche Schuldenerlass in der GKV, so dass der Versicherungsschutz wieder aufgenommen werden kann, ohne angehäufte Beitragsschulden zahlen zu müssen.

„In den kommenden fünf Wochen besteht für Nichtversicherte noch die Chance, ihre Gesundheitsversorgung auf sichere Beine zu stellen. Und dies ohne Sorgen über Schulden oder Versäumnisse der Vergangenheit“, so **Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Damit können auch diese Menschen wieder an der Gesundheitsversorgung teilhaben, ohne dass sie durch Säumniszuschläge in eine Spirale immer neuer Schulden geraten.“

Das „Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" gilt bereits seit dem 1. August. Durch das Gesetz können ehemaligen gesetzlich Versicherten die Beitragsschulden erlassen werden, wenn sie sich bis 31. Dezember 2013 bei der Krankenkasse melden. Bei bereits Versicherten, die mit ihren Beitragszahlungen im Rückstand sind, wird der Säumniszuschlag für noch nicht gezahlte Beiträge dauerhaft von fünf auf ein Prozent gesenkt.

Wer sich bis Ende des Jahres in einer privaten Krankenkasse versichert, bekommt den sogenannten Prämienzuschlag erlassen. Dies ist die Beitragssumme, die sich in der versicherungsfreien Zeit angesammelt hat. Darüber hinaus wird in der privaten Krankenversicherung für säumige Beitragszahler ein Notlagentarif eingeführt und damit der Abbau von Beitragsschulden erleichtert.

„Ab 2014 wird die Nachzahlung erneut fällig, deshalb rate ich dringend dazu, die Zeit bis zum Jahresende zu nutzen“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**. „Eine Pflicht zur Krankenversicherung gibt es zwar schon seit 2007, doch scheuen immer noch Menschen aus Angst vor ihren Schulden die Rückkehr in die Solidargemeinschaft und setzen damit ihre Gesundheit massiv aufs Spiel.“

Weitere Informationen, eine gemeinsame Broschüre des Bundesministerium für Gesundheit und der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration in mehreren Sprachen („Schuldenerlass in der Krankenversicherung“) sowie Beispiele zu Einzelfällen bzw. möglichen Fallkonstellationen bietet unter www.bundesgesundheitsministerium.de auch die Internetseite des Bundes-gesundheitsministeriums.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

27. November 2013/bgv27

Hamburg und Shanghai vereinbaren enge Kooperation zur Lebensmittelsicherheit

Partnerstädte wollen bestehende Zusammenarbeit weiter ausbauen

Hamburg und Shanghai wollen im Bereich der Lebensmittelsicherheit eng zusammenarbeiten. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung hat Elke Badde, Staatsrätin der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV), im Rahmen eines Besuchs in der chinesischen Metropole unterzeichnet. Damit soll der gegenseitige Informationsaustausch im Falle von Lebensmittelkrisen verbessert werden. Außerdem ist eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Ein- und Ausfuhrkontrollen geplant.

Konkret haben die Vertreter beider Städte den Aufbau eines Informationssystems zu Lebensmittelkrisen vereinbart, um frühzeitiger auf entsprechende Entwicklungen reagieren zu können. Daneben soll es eine verstärkte Kooperation bei der Rückverfolgbarkeit und bei eventuell notwendigen Rückrufen von Lebensmitteln geben. Die Zusammenarbeit bei den Ein- und Ausfuhrkontrollen soll ebenfalls verbessert werden. Dazu ist unter anderem der Aufbau einer gemeinsamen Internetplattform zum gegenseitigen Austausch von Vorschriften und Kontrollverfahren vorgesehen.

„Hamburg und Shanghai haben bereits in vielen Bereichen gezeigt, wie sie gewinnbringend zusammenarbeiten können. Die vertiefte Partnerschaft im Bereich Lebensmittelsicherheit stärkt die umfangreichen Handelsbeziehungen zwischen beiden Städten und ist ein wichtiger Schritt für mehr Verbraucherschutz“, sagt **Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks.**

Die Partnerstädte Hamburg und Shanghai arbeiten im Bereich Lebensmittelsicherheit bereits seit Juli 2012 in einem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Projekt zusammen. Mit der nun zwischen der Hamburger Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie den Lebensmittelüberwachungsbehörden in Shanghai geschlossenen Vereinbarung soll diese Partnerschaft noch einmal intensiviert werden.

Rückfragen der Medien:
Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

25. November 2013/bsb25

Wilhelmsburger Ganztagsschule Fährstraße und der Verein Interkulturelle Waldorfpädagogik nutzen die Chance der Zusammenarbeit

Schulversuch mit waldorfpädagogischen Profilelementen ab dem Schuljahr 2014/15

Zum Abschluss eines intensiven Prozesses der Beratung und Verständigung zwischen den Vertretern des Vereins Interkulturelle Waldorfpädagogik, der Behörde für Schule und Berufsbildung und dem Kollegium der Ganztagsschule Fährstraße wird zum Schuljahr 2014/15 ein gemeinsamer Schulversuch gestartet. In der Ganztagsgrundschule Fährstraße werden waldorfpädagogische Profilelemente in die tägliche Arbeit integriert.

Schulsenator Ties Rabe: „Damit möchten wir ein attraktives Bildungsangebot für alle Kinder in Wilhelmsburg entwickeln, egal, ob die Kinder mit Migrationshintergrund, mit Startschwierigkeiten aufgrund von Lernrückständen oder mit besten Leistungsvoraussetzungen in diese Schule kommen. Einer sozialen Separierung soll damit bewusst entgegengewirkt werden. Es geht nicht darum, eine staatliche Waldorfschule zu gründen oder die Weltanschauung von Rudolf Steiner in staatliche Unterrichtspraxis zu überführen. Aber wir wollen Elemente der Waldorfpädagogik integrieren, die allseits akzeptiert sind."

Die Grundschule Fährstraße bleibt eine staatliche Schule, in der die vorteilhaften Aspekte der Waldorfpädagogik mit den Elementen der staatlichen Pädagogik zusammengeführt werden. Aufbauend ab der Jahrgangsstufe 1 wird das Kollegium der Schule Fährstraße gemeinsam mit staatlich ausgebildeten Lehrkräften, die zusätzlich eine Waldorflehrerausbildung haben, die Klassen leiten. Auf der Basis der Stundentafel und des Bildungsplans der Schulbehörde bilden konzeptionelle und pädagogische Schnittmengen die Pfeiler dieses Schulversuchs. Dazu gehören zum Beispiel eine verstärkte Ausrichtung auf projekt- und handlungsorientierteres, ganzheitlicheres Lernen, vertiefte fächerübergreifende Themenbearbeitung, intensive musische, künstlerische und handwerkliche Lernangebote, eine den Kindern angemessenere Rhythmisierung des Schultages und die Reduzierung von Leistungs- und Notendruck.

Damit geht die Ganztagsgrundschule Fährstraße neue Wege im Sinne der Weiterentwicklung, um den Kindern in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit noch besser begegnen zu können.

In einer Konzeptionsgruppe, in der sehr engagierte Kolleginnen und Kollegen der Fährstraße sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins Interkulturelle Waldorfpädagogik gemeinsam arbeiten, wird nun an der konkreten Ausgestaltung des Prozesses der Umsetzung gefeilt. Das Schul- und

Unterrichtsprofil wird entwickelt, der Einsatz der Lehrkräfte und des weiteren Personals wird geplant, die Ausgestaltung der Räume wird besprochen und die Einbindung der Eltern vor Ort wird in den Blick genommen.

Die Grundschule Fährstraße führt bislang drei parallele Klassen pro Jahrgang. Durch die zusätzlichen Kinder aus der Waldorf-Initiative Wilhelmsburg ist ein Ausbau auf vier Züge vorgesehen. Es wird aber keine separaten Klassen mit besonderem Profil sondern gemischte Klassen geben. Waldorfpädagoginnen und -pädagogen sollen in das Kollegium der Fährstraße integriert werden, sodass die Lehrkräfte gemeinsam in den Klassen arbeiten können.

Elbinselschule: Schon 2008 Kooperation zwischen Initiative und staatlicher Schule

Vorbild im Stadtteil für die Kooperation zwischen Initiative und staatlicher Schule ist die Elbinselschule (ehem. Schule Buddestraße), die 2008 auf Basis eines Vertrages mit dem Schulverein Elbinselschule e.V. gegründet wurde (Bildungszentrum Tor zur Welt, Profilschwerpunkte Kunst und Musik, Englisch immersiv sowie Natur und Umwelt).

Albert-Schweitzer-Schule hat bereits seit 1950 Waldorfausprägung

Vorbild im Sinne der Integration von Elementen der Waldorfpädagogik kann auch die Albert-Schweitzer-Schule (Kleinborstel) sein, die bereits vor 62 Jahren mit einer starken Waldorfausprägung an den Start gegangen ist. Die Schulgründerin Erna Stahl war damals stark von freiheitlichen-, sozialdemokratischen- und Waldorf-Elementen geprägt.

Noch heute beginnt jeder Tag an der Albert-Schweitzer-Schule mit der Morgenfeier, danach folgt der Unterricht in Epochen, der in seinen Inhalten immer den Spagat zwischen entwicklungspsychologischen Erkenntnissen und staatlichen Rahmenplänen erfolgreich meistert.

Weitere Informationen

Grundschule Fährstraße: www.schulefaehrstrasse.de
Verein Interkulturelle Waldorfpädagogik: www.waldorfwilhelmsburg.de
Albert-Schweitzer-Schule: www.albert-schweitzer-schule.hamburg.de
Elbinselschule: www.elbinselschule.de

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung
Peter Albrecht, Pressesprecher
Tel: (040) 4 28 63 – 2003
E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsb

26. November 2013/bsb26

„MINT-Lehrerin 2013“:
Nobelpreisträger ehrt Hamburger Gymnasiallehrerin

Schulsenator Rabe gratuliert der erfolgreichen Pädagogin

Kerstin Gleine, Lehrerin am Friedrich-Ebert-Gymnasium (Heimfeld), wurde für ihre herausragende Leistung im MINT-Bereich mit dem Klaus-von-Klitzing-Preis „MINT-Lehrer 2013“ ausgezeichnet. Der mit 15.000 Euro dotierte Preis wurde von Nobelpreisträger Prof. Dr. Klaus von Klitzing persönlich an der Universität in Oldenburg überreicht. Schulsenator Ties Rabe gratulierte heute persönlich und ließ sich von der Pädagogin erklären, wie erfolgreicher MINT-Unterricht heute funktioniert und wie man für die naturwissenschaftlich-technischen Fächer Begeisterung bei Schülerinnen und Schülern weckt.

Schulsenator Ties Rabe: „Lehrkräfte wie Kerstin Gleine sind die Garanten für guten Unterricht und erfolgreiche Schule: Lehrkräfte, die ihre Fächer lieben, mit Leidenschaft Unterrichten und den Funken der Begeisterung überspringen lassen. Denn nur wer begeistert ist, kann auch begeistern!“

Klaus von Klitzing, der 1985 den Nobelpreis für Physik gewonnen hat, zeichnet jedes Jahr eine Lehrkraft aus, die Kinder für MINT begeistert. Die vier Buchstaben stehen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – Fächer, ohne die kein Auto, kein Schiff, kein Fahrkartenautomat, kein Handy und kein Flugzeug funktioniert. Die MINT-Fächer bilden eine wesentliche Basis für das Verständnis der Lebenswelt sowie für die technologische Leistungsfähigkeit und Weiterentwicklung Hamburgs und der Metropolregion.

Das Heimfelder Friedrich-Ebert-Gymnasium bietet seit drei Jahren ab Jahrgang 5 Profilklassen mit vertiefenden Unterrichtsangeboten in den MINT-Bereichen an. Im Rahmen eines „Schüler-MINT-Kongresses“ präsentieren die Schülerinnen und Schüler die Ergebnisse aus dem Unterricht einmal im Jahr der Öffentlichkeit. Unterstützt werden sie dabei von Experten aus Industrie und Wissenschaft, Kooperationspartner sind u.a. TUHH, Vattenfall, Hamburg Energie und Airbus.

Preisträgerin Kerstin Gleine gehört am Friedrich-Ebert-Gymnasium zu den besonders aktiven Kolleginnen: Sie hat sich für die Zertifizierung der Schule im MINT-EC-Netzwerk und um die Auszeichnung als Agenda-21-Schule verdient gemacht, den Schulgarten als Außenlabor gestaltet und den Schüler-MINT-Kongress organisiert. Darüber hinaus unterhält die 53-Jährige fruchtbare Kontakte zu wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen und versteht es vor allem, Schülerinnen und Schüler für Naturwissenschaft und Technik zu begeistern. So konnte sie im Rahmen ihrer Forschungswerkstatt MINT schon viele Schüler motivieren, an Wettbewerben wie „Jugend forscht“ oder am Technikwettbewerb der TUHH teilzunehmen.

Und auch hamburgweit nimmt Kerstin Gleines mit ihren MINT-Ideen und ihrem Fachwissen Einfluss: In der Behörde für Schule und Berufsbildung zeichnet sie als Fachreferentin für das Unterrichtsfach Technik verantwortlich.

Die Juroren des Preises, der von Prof. Dr. Klaus von Klitzing, der Universität Oldenburg und der EWE-Stiftung ausgeschrieben wird, zeigten sich von einer Lehrerin, die so viel Begeisterung weckt, beeindruckt. Im letzten Jahr ging der Preis an eine Lehrerin aus Baden-Württemberg.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung
Peter Albrecht, Pressesprecher
Tel. (040) 42863 – 2003
E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsb

27. November 2013/bsb27

Vielfalt lernen beim Schülercampus

Ausschreibung für „Mehr Migranten werden Lehrer“ startet in Hamburg

Vom 22. bis 24. März 2014 findet in Hamburg der Schülercampus „Mehr Migranten werden Lehrer“ statt. Hamburger Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschüler mit Zuwanderungsgeschichte können sich im Rahmen eines spannenden dreitägigen Programms mit Vorträgen, Diskussionen und Hospitationen umfassend über das Lehramtsstudium und den Lehrberuf informieren. Bewerbungen sind bis zum 7. Februar 2014 möglich.

Um die Vielfalt im Lehrerzimmer zu gewährleisten, werden bundesweit mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund gebraucht – als kompetente Vorbilder und Vertraute.
Die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius entwickelte ihren Schülercampus „Mehr Migranten werden Lehrer“, um junge Migrantinnen und Migranten für das Lehramtsstudium und den Lehrerberuf zu interessieren.

Der dreitägige Kompaktkurs gibt Einblicke in das Lehramtsstudium und zeigt die Chancen des Lehrerberufs. Die Teilnehmer informieren sich über die Fähigkeiten und Voraussetzungen für das Lehramtsstudium, sie hospitieren in Schulen und diskutieren mit Hochschullehrern und Lehrkräften über die Erfordernisse dieses Berufes. So können sie eine überlegte Studienfachwahl treffen.

Der Schülercampus hat mittlerweile Tradition. Seit 2008 realisiert die ZEIT-Stiftung die Studienorientierungstage in Hamburg in bewährter Kooperation mit dem Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) und dem Hamburger Netzwerk „Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI). Außer in Hamburg wird der Schülercampus auch in Bayern, Berlin, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein angeboten.

Hinweise zur Bewerbung und weitere Informationen:
www.mehr-migranten-werden-lehrer.de

Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel. (040) 428 63 -2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb	**ZEIT-Stiftung** Frauke Hamann, Bereichsleiterin Kommunikation Tel. (040) 41336871 E-Mail: hamann@zeit-stiftung.de

28. November 2013/bsb28

Praktikumsbörsen der Kammern gestartet

Wirtschaft unterstützt neue Studien- und Berufsorientierung

Mit der Eröffnung von Praktikumsbörsen für Schülerinnen und Schüler starten die Handelskammer und die Handwerkskammer eine Begleitkampagne für die neue Berufs- und Studienorientierung an den Stadtteilschulen.

Dr. Thomas M. Schünemann, Vizepräses der Handelskammer Hamburg: „Wir möchten mit diesem Online-Angebot Betrieben die Möglichkeit geben, ihre Angebote zu veröffentlichen. Schüler können in der Online-Börse den für sie interessanten Praktikumsplatz heraussuchen. So profitieren beide Seiten davon und finden leichter den Weg zueinander. Betriebe sind künftig nicht mehr nur Abnehmer des Systems, sondern tragen eine besondere Mitverantwortung für ein erfolgreiches Praktikum. Gleichzeitig können sie ihre Auszubildenden von morgen kennen lernen."

Hjalmar Stemmann, Vizepräsident der Handwerkskammer Hamburg: „Das Handwerk begrüßt die systematische Einführung einer Berufsorientierung ausdrücklich. Die Handwerkskammer unterstützt diesen Weg seit Jahren und hat eine Online-Praktikumsbörse eingerichtet. Für Schülerinnen und Schüler wird es damit einfacher, einen Praktikumsbetrieb zu finden. Handwerksbetriebe suchen sich ihren Nachwuchs inzwischen überwiegend über Praktika. Denn so erleben sie die jungen Menschen persönlich und unabhängig von Schulnoten. Die jungen Menschen gewinnen eine wichtige Erfahrung für ihre Berufsentscheidung.

Reinhold von Eben-Worlée, Vizepräsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig e. V. (UVNord):„Wir unterstützen die neue Berufs- und Studienorientierung besonders über unsere Landesarbeitsgemeinschaft „SchuleWirtschaft" mit ihren regionalen Arbeitskreisen. Wichtig ist uns auch, frühzeitig die Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen zu fördern und sicher zu stellen, dass Bezüge zur Berufs- und Arbeitswelt hergestellt werden. Und zwar nicht nur für Schülerinnen und Schüler, sondern auch für Lehrerinnen und Lehrer. Umgekehrt lernen die Betriebe viel Neues über Schule hinzu. So können wir Brücken bauen und gemeinsam etwas für die Perspektiven junger Menschen tun."

Schulsenator Ties Rabe: „Junge Menschen müssen eigene Erfahrungen machen, damit sie klären können, welche Ziele sie für ihr Leben haben, für welche Berufsfelder sie sich wirklich interessieren und welche Schritte sie gehen können, um ihre Ziele zu erreichen. Dann sind sie auch bereit, sich anzustrengen. Berufspraktika bieten genau diesen Erfahrungsraum. Hier erleben die Jugendlichen die betriebliche Wirklichkeit. Hier werden sie als potentielle Auszubildende mit anderen Augen betrachtet. Das stärkt viele Jugendliche.

Wir wissen, dass es nach wie vor vielen Jugendlichen, die nach der 10. Klasse die Schule verlassen, nicht gelingt, direkt in eine Ausbildung zu gehen. Der Hamburger Senat sieht hier einen Schwerpunkt seiner Arbeit.

- Deshalb haben wir die Berufs- und Studienorientierung an der Stadtteilschule neu ausgerichtet. Sie soll die Jugendlichen schon in der Schule besser auf den Übergang in Ausbildung oder das Studium vorbereiten, damit dieser ohne ungewollte Umwege erfolgt.
- Deshalb haben wir die Jugendberufsagentur aufgebaut. Sie bietet „Beratung und Hilfestellung aus einer Hand“ und versammelt rechtskreisübergreifend alle Stellen, die die Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf begleiten (Agentur für Arbeit Hamburg, Jobcenter team.arbeit.hamburg, bezirkliche Jugendhilfe, Behörde für Schule und Berufsbildung und ihre Beratungseinrichtungen sowie das Hamburger Institut für Berufliche Bildung).
- Dazu gehört auch, das Übergangssystem konsequent weiter zu entwickeln und das Prinzip der Dualisierung der Ausbildungsvorbereitung zur Grundlage zu machen.

Die vielen Hamburger Betriebe, die sich in den Hamburger Schulen engagieren und neben Praktika für Schülerinnen und Schüler auch Beratung und Begleitung der Schulen anbieten, schultern hier eine nicht zu unterschätzende gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie gehen mit in die Verantwortung, jungen Menschen Chancen zu eröffnen. Sie begleiten sie mit auf dem Weg zum erwachsen werden. Das ist keine Kleinigkeit, besonders dann nicht, wenn den Jugendlichen der Erfolg nicht in die Wiege gelegt wurde.

Dafür möchte ich meinen persönlichen großen Dank und meine Anerkennung aussprechen!

Mit den drei Handreichungen zum Betriebspraktikum in der Stadtteilschule für die Jugendlichen, die Schulen und die Unternehmen, wollen wir Orientierung und Anregung geben und alle Beteiligten auf den gleichen Informationsstand bringen.“

Webseiten der Praktikumsbörsen

Handwerkskammer Hamburg : www.praktikum-handwerk.de

Handelskammer Hamburg: www.hamburger-schülerpraktikumsbörse.de

Download der Leitfäden für Unternehmen, Schulen, Schülerinnen und Schüler

http://li.hamburg.de/zsw/material/

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 428 63 – 2003, E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

Dr. Annegret Witt-Barthel
Tel. (040) 42863 – 2641, E-Mail: annegret.witt-barthel@hibb.hamburg.de

Handwerkskammer Hamburg

Ute Kretschmann, Pressesprecherin

Tel. (040) 35905-227, E-Mail: ukretschmann@hwk-hamburg.de

Handelskammer Hamburg

Dr. Jörn Arfs, Leiter des Stabsbereichs Kommunikation

Tel. (040) 36138-301, E-Mail: joern.arfs@hk24.de

Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, UVNord Sebastian Schulze, Geschäftsführer/Pressesprecher

Tel.: (040) 6378-5123, E-Mail: schulze@uvnord.de

29. November 2013/bsb29

Landesmedienanstalt und Schulbehörde starten „Internet-ABC-Schule Hamburg“

Grundschulen können sich anmelden – Kinder sollen bewussten und kritischen Umgang mit dem Internet erlernen

Der Auftakt zur „Internet-ABC-Schule Hamburg“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) war ein voller Erfolg: Knapp hundert Schulleiterinnen, Schulleiter und Medienverantwortliche der Hälfte aller Hamburger Grundschulen, zeigten großes Interesse an der gemeinsamen Initiative von Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH) und dem Referat Medienpädagogik des LI.

Jede Hamburger Grundschule, die sich gezielt für eine Förderung der Medienkompetenz ihrer Schülerinnen und Schüler einsetzen möchte, kann sich für eine Teilnahme am Projekt anmelden und abschließend das Siegel „Internet-ABC-Schule Hamburg" erhalten. Gemeinsames Ziel ist die systematische Verankerung des „Internet-ABC“ im Schulunterricht, um Kinder im bewussten und kritischen Umgang mit dem Internet kompetent zu machen.

Neben der Qualifizierung von Lehrkräften und der Unterstützung in der Elternarbeit steht die Vermittlung von vier Internet-ABC-Modulen an die Schüler im Vordergrund: Die Kinder lernen, wie das Internet funktioniert, wo die Gefahren im Netz lauern, sie erkunden unterschiedliche Medien und erproben, wie man diese selbst aktiv nutzen kann.

Landesmedienanstalt und Landesinstitut beraten und begleiten die Grundschulen bei jedem dieser Schritte, des Weiteren erhalten die Schulen kostenlos aktuelle Unterrichts- sowie Begleitmaterialien zum Internet-ABC – auch für den Einsatz in der Familie.

Voraussetzungen für eine Zertifizierung als „Internet-ABC-Schule Hamburg“ sind die Verankerung der Internet-ABC-Module im Rahmen des schulischen Mediencurriculums und deren Durchführung, die Teilnahme von mindestens einer Lehrkraft der Schule an den Fortbildungen (je 3 Stunden pro Modul) sowie die Umsetzung von Elterninformationsabenden in den Klassen 3 und 4 und schließlich die Dokumentation der Aktivitäten auf der Schulhomepage.

Interessierte Schulen können sich anmelden bei:

Information und Kontakt Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein – Nina Soppa
Tel. (040) 36 90 05-46; E-Mail: soppa@ma-hsh.de

Anmeldung und Kontakt Landesinstitut für Lehrerbildung (LI) - Ingeborg Traub
Tel. (040) 42 88 42–595; E-Mail: ingeborg.traub@li-hamburg.de

Hintergrund

Auf der von allen Landesmedienanstalten geförderten Plattform „Internet-ABC“ (www.internet-abc.de) erlernen Kinder im Alter von fünf bis zwölf Jahren auf spielerische und kindgerechte Weise die Basiskompetenzen für den sicheren Einstieg ins Netz. Lehrkräften bietet das Internet-ABC fachgerecht aufbereitete Materialien und konkrete Hilfestellungen für den Einsatz im Grundschulunterricht. Des Weiteren unterstützt der Online-Ratgeber Eltern dabei, den angemessenen Umgang mit dem World Wide Web an ihre Kinder zu vermitteln.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung
Peter Albrecht, Pressesprecher
Tel. (040) 428 63 – 2003, E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsb

Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH)
Leslie Middelmann, Pressesprecherin
Tel. (040) 36 90 05-23, E-Mail: middelmann@ma-hsh.de
Internet: www.ma-hsh.de

26. November 2013/bwf26

2. Norddeutscher Wissenschaftspreis in Bremen verliehen

Auszeichnung geht an Kooperationsprojekt der Universitäten Göttingen und Greifswald zur Genomforschung an Mikroorganismen

Der Norddeutsche Wissenschaftspreis 2013 geht an das Projekt „Genomforschung an Mikroganismen – Schlüsseltechnologien für die Biowissenschaften“ der Universitäten Göttingen und Greifswald. Bremens Senatorin für Bildung und Wissenschaft Prof. Dr. Eva Quante-Brandt übergab den mit 50.000 Euro dotierten Preis heute im Rahmen eines Festakts im Bremer Rathaus. Bei der Feier waren alle norddeutschen Wissenschaftsministerinnen und -minister anwesend.

Mit der Entscheidung würdigen die Wissenschaftsministerinnen und Minister der beteiligten Länder die Kooperation des Göttinger Laboratoriums für Genomforschung und des Proteomzentrums in Greifswald, die in beispielhafter Weise die Genom- und Proteomforschung an Mikroorganismen miteinander verknüpft. Die beiden Einrichtungen stellen hochleistungsfähige Technologieplattformen zur Verfügung, die für die Genomforschung in ganz Norddeutschland von Bedeutung sind.

Bremens Wissenschaftssenatorin **Prof. Dr. Eva Quante-Brandt** beglückwünschte die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich gegen zwölf Mitbewerberprojekte durchgesetzt hatten, und hob die hohe Kooperationsleistung hervor: "Ich freue mich außerordentlich über das Ergebnis des diesjährigen Norddeutschen Wissenschaftspreises. Mit dem Preis können wir ein Projekt prämieren, das sich von einer gemeinsamen Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung bis hin zur Gründung des Norddeutschen Zentrums für Mikrobielle Genomforschung entwickelt hat. Die Förderung durch die beiden Länder Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern ist wirklich vorbildlich und symbolisiert in erstklassiger Weise die nachhaltige Zusammenarbeit norddeutscher Bundesländer."

Hamburgs Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Ich gratuliere dem Projekt der Universitäten Göttingen und Greifswald herzlich zu dieser Auszeichnung. Der Norddeutsche Wissenschaftspreis ist wichtig, um die hohe Qualität länderübergreifender Kooperationen in der norddeutschen Wissenschaft weithin sichtbar zu machen. Aus Hamburger Perspektive freue ich mich, dass in diesem Jahr Kooperationen mit Beteiligung des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf und der Universität Hamburg in der Endauswahl waren.“

Der Preis wird von den Wissenschaftsministerinnen und -ministern der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, der Freien Hansestadt Bremen und der Freien

Hansestadt Hamburg gemeinsam vergeben. In diesem Jahr wurden zum zweiten Mal länderübergreifende Kooperationen in der Wissenschaft geehrt. In den kommenden vier Jahren soll der Preis jährlich zu jeweils neuen Themen vergeben werden. Jedes Jahr hat ein anderes norddeutsches Land den Vorsitz. In diesem Jahr war es Bremen.

Der Wettbewerb 2013 war für den Bereich „Biowissenschaften und Medizin“ ausgeschrieben. Bewerben konnten sich Kooperationen, die sich mit der grundlagen- oder patientenorientierten Erforschung von Ursachen, Entstehung, Verlauf und Behandlung von Krankheiten, der systematischen Erfassung der Verbreitung von gesundheitlichen Störungen und den Konsequenzen für Organisation und Struktur des medizinischen und psychosozialen Versorgungssystems befassen.

Im kommenden Jahr, 2014, wird der Preis unter der Federführung des Landes Niedersachsen für das Thema „Energieforschung“ ausgeschrieben.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.norddeutscher-wissenschaftspreis.de

Rückfragen der Medien:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher
Dr. Alexander v. Vogel,
Tel: 040/42863-2322
E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Freie Hansestadt Bremen
Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Pressereferat, Christina Selzer
Tel: 0421/361-2853
E-Mail: christina.selzer@bildung.bremen.de

26.11.2013/bwvi26

Ein Stück der Hamburger Elbe bald wieder im Urzustand

Borghorster Elbwiesen werden der Tide ausgesetzt – Baubeginn noch im Herbst

Nach Rücknahme zuvor erhobener Klagen steht inzwischen dem Beginn der Ausgleichsmaßnahme „Borghorster Elbwiesen“ nichts mehr im Wege. Demnach kann das 69 Hektar große Naturschutzgebiet in Hamburg-Altengamme und Geesthacht (Kreis Herzogtum Lauenburg) durch die Öffnung des Deiches wieder dem Tideeinfluss ausgesetzt werden und die Elbwiesen, die Teil des Naturschutzgebietes „Borghorster Elblandschaft“ sind, naturschutzfachlich erheblich aufgewertet werden.

Was bedeutet die Öffnung Leitdammes für Mensch, Tiere und Pflanzen?
Für die Anwohner werden nachteilige Auswirkungen des Tidegeschehens durch den Bau des Sielbauwerks mit Schöpfwerk, Randdrainage und Sickerwasserdrainage vermieden und Beeinträchtigungen der Häuser und Wohnungen ausgeschlossen. Für die Natur bedeutet die Maßnahme im Sinne des Europäischen Netzes Natura 2000 eine immense Aufwertung und die Bildung wertvoller Biotope. Süßwasserwatten, Tideröhrichte und Tideauwald bieten auf 69 Hektar gefährdeten Vogelarten wie Blaukelchen, Rohrschwirl, Schilf- und Drosselrohrsänger, Rohrweihe und Eisvogel attraktive Flächen. Die Ansiedlung seltener Pflanzenarten wie dem Schierlingswasserfenchel wird gefördert. Und durch die neuen Flachwasserzonen entstehen für Flussfischarten wie den Rapfen, die Finte und andere Kleinfischarten neue Lebensräume.

Die Maßnahme in den Borghorster Elbwiesen ist Teil des Ausgleichs für die Erweiterung des Airbus-Werks in Finkenwerder, was wiederrum die Voraussetzung war für die für Hamburg bedeutsame Produktion und Auslieferung des Airbus A380. In enger Abstimmung mit der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, der EU-Kommission sowie den Anwohnern und den Umweltbehörden wurde die naturschutzwertvolle Maßnahme vorbereitet.

So ließ die mit dem Projekt beauftragte ReGe Hamburg von der auf Hydrologie und Wasserbau spezialisierten Firma BWS mehr als zwei Jahre lang in aufwändigen hydrologischen Verfahren sämtliche Daten tatsächlicher Tideereignisse zusammentragen und auswerten. Dadurch konnten die wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgebildet sowie fundierte Prognosen für alle hydraulischen Szenarien entwickelt werden. Insbesondere was die Grundwasser-Entwicklungen betrifft, wurde äußerste Sorgfalt gewahrt. Künftig wird ein Zwei-Kammer-Sperrwerk bei zu erwartenden extrem hohen Einzeltiden von über +4,50m üNN und sehr lang anhaltenden Hochwassern von Oberstrom bei einem Wasserstand von +2,00m üNN den Zu- und Ablauf unterbrechen. Zusätzlich wird ein Schöpfwerk den durch Sicker- und Qualmwasser ansteigenden Wasserspiegel auf +2,70m üNN begrenzen. Das bedeutet eine enorme Verbesserung zur bisherigen Situation, da das Frühjahrshochwasser 2006 beispielsweise +3,50m üNN auf den Borghorster Wiesen stand.

Wie geht es weiter?

Ab Mai 2014 starten die Bauarbeiten zur Wattflächengestaltung und Leitdammverbreiterung sowie des Sperr- und Schöpfwerks. Um den Bau der Straße auf der Leitdammkrone zu ermöglichen, werden noch im Herbst wenige behindernde Bäume gefällt. Die Gesamtbauzeit beträgt circa zwei Jahre.

Für Rückfragen der Medien:

Susanne Meinecke, Pressestelle
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Tel: (040) 4 28 41 – 2239

Björn Marzahn, Pressestelle
ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH
Tel: (040) 380 880 – 72

STRÖER | deutsche städte medien

27. November 2013/bwvi27

Fußgängerleitsystem wurde erweitert

Über 60 neue Ziele ausgeschildert – bessere Orientierung jetzt auch in Altona

Das 2006 zur Fußball-Weltmeisterschaft errichtete Fußgängerleitsystem in der Innenstadt wurde verdichtet und auf weitere Stadtteile mit über 60 neuen Zielen ausgedehnt. Die größte Erweiterung fand im Bezirk Altona in den Stadtteilen Altona-Altstadt, Sternschanze und Ottensen statt. Auf den neuen Schildern befinden sich Hinweise zu wichtigen Zielen wie kulturelle Einrichtungen, Sehenswürdigkeiten und U- und S-Bahnhöfe sowie Fähranleger.

Senator Frank Horch: „Das System wird nicht nur Besuchern und Touristen eine bessere Orientierung ermöglichen, sondern erleichtert es auch Hamburgerinnen und Hamburgern, ausgetretene Pfade zu verlassen und Hamburg neu zu entdecken. Dazu ist das Leitsystem hervorragend geeignet."

Carsten Butenschön, Fachamtsleiter Bezirksamt Altona: „Es ist schön, dass Altona jetzt zum Teil auch mit dem Fußgängerleitsystem ausgestattet ist. Diese Beschilderung fördert den nicht-motorisierten Verkehr und ist außerdem Zeichen dafür, welche touristische Bedeutung die Stadtteile Ottensen, Altona-Altstadt und Sternschanze für Hamburg haben. "

Christopher Samsinger, Geschäftsführer Ströer Deutsche Städte Medien GmbH: „Das erweiterte Fußgängerleitsystem trägt mit dazu bei, das Bild Hamburgs in Richtung einer offenen und besucherfreundlichen Stadt zu bestätigen und auszubauen. Wir freuen uns, als Partner der Stadt bei der Gestaltung des öffentlichen Raums mit unserem Leitsystem unterstützen zu können."

Auch in den Stadtteilen St. Georg, HafenCity, St. Pauli sowie rund um die Messe wurde das System erweitert. Viele neue Ziele wurden aufgenommen, wie z.B. das Ohnsorg-Theater, das St. Pauli-Museum, das Überseequartier und verschiedene Eingänge zur Messe.

Aufgestellt wurden die Wegweiserstelen und Pfeilwegweiser von der Firma Ströer Deutsche Städte Medien GmbH, die im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg auch die Wartung und Pflege übernimmt. Es ist vorgesehen, das System auf weitere Gebiete mit Stadt-Highlights auszuweiten.

Rückfragen der Medien:
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Helma Krstanoski, Tel.: 040 42841 – 1326
e-mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de
www.hamburg.de/bwvi

26.11.2013/kb26

Neue Lösungen zum Erhalt historischer Backsteinfassaden

EU-Projekt „Co_2olBricks“ schließt mit Konferenz in Hamburg

Drei Jahre lang hat das Hamburger Denkmalschutzamt im EU-Projekt Co_2olBricks an denkmalverträglichen Möglichkeiten für energetische Sanierungen gearbeitet. Gemeinsam mit 17 weiteren nordeuropäischen Projektpartnern wurden Lösungen auf technischer und administrativer Ebene erforscht. Am 3. Dezember findet in Wilhelmsburg die große Co_2olBricks-Abschluss-Konferenz statt. Dabei werden die Ergebnisse vorgestellt, und es wird eine gemeinsame Erklärung unterschrieben.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Co_2olBricks hat deutlich gezeigt, dass Denkmalschutz und Klimaschutz nicht im Widerspruch miteinander stehen müssen. Im Austausch mit unseren europäischen Partnern wurden Lösungsansätze für die denkmalgerechte Sanierung von Backsteinbauten entwickelt. Für die Identität Hamburgs als Backsteinstadt stellt das Projekt einen wichtigen weiteren Baustein dar.“

Im Rahmen von Co_2olBricks wurden Möglichkeiten untersucht, wie die Energieeffizienz denkmalgeschützter Gebäude verbessert werden kann, ohne ihren historischen Wert zu beeinträchtigen. Unter anderem durch die Modernisierung der Heiztechnik, die Ertüchtigung von Fenstern und Türen, die Dämmung von Dächern und Kellern und durch Innendämmung von Außenwänden können zum Beispiel fünfzig bis siebzig Prozent Einsparungen erreicht werden. So können auch Denkmäler ihren Beitrag zum Energiesparen leisten, ohne dabei ihr Gesicht zu verlieren.

Die insgesamt 18 Projektpartner aus 9 Ostseeanrainerstaaten kamen aus Universitäten, Stadtverwaltungen, Technologietransfereinrichtungen und Denkmalschutzorganisationen. Auf der Konferenz stellen die internationalen Experten Ergebnisse von Co_2olBricks vor und es wird die „Co_2olBricks Joint Declaration zu Energiesparen und Denkmalschutz“ unterzeichnet. In der Erklärung werden eine Reihe von Forderungen formuliert, wie eine verbesserte Ausbildung der an Planung und Bau Beteiligten und eine Optimierung der Förderinstrumente hin zu einer Gesamteinsparbilanz.

Gefördert wurde das Projekt von der Europäischen Union im Rahmen des Interreg IV B Ostseeprogramms. Zu der Abschlusskonferenz am 3. Dezember ab 9 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg sind alle interessierten Hamburgerinnen und Hamburger eingeladen. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung unter www.co2olbricks.eu wird erbeten. Dort ist auch das vollständige Programm zu finden.

Rückfragen der Medien:

Kristina Sassenscheidt

Denkmalschutzamt

Tel.: 040 / 42824 – 707

E-Mail: kristina.sassenscheidt@kb.hamburg.de

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de

27.11.2013/kb27

Jüdisches Erbe für Nachwelt dokumentiert

Neue Publikation über den Grindel-Ersatzfriedhof in Ohlsdorf

Mit einer neuen Veröffentlichung beschreibt das Denkmalschutzamt die Geschichte des ehemaligen jüdischen Friedhofes am Grindel und seine Verlagerung nach Ohlsdorf im Jahr 1937. Zudem dokumentiert das Denkmalschutzamt erstmals ausführlich die noch erhaltenen Grabsteine und Inschriften.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die neue Publikation des Denkmalschutzamtes rettet ein Stück jüdische Geschichte für die Nachwelt und hält die Erinnerung an das jüdische Leben in Hamburg wach."

1877 wurde der neue Hauptfriedhof in Ohlsdorf als erster Begräbnisort für alle Konfessionen eröffnet und die Schließung der auf damaligem Hamburger Gebiet liegenden Friedhöfe angeordnet. Dies galt auch für die jüdischen Gemeinden, obwohl deren Grabstätten eigentlich auf ein Ewigkeitsrecht gründen und nicht verlegt werden dürfen. Im Zuge der Entrechtung der jüdischen Bevölkerung durch die Nationalsozialisten wurde 1937 schließlich die Räumung des Grindelfriedhofs erzwungen. In dieser Zeit großer Not gelang es der jüdischen Gemeinde dennoch, einen Teil der Gräber auf ein Areal des neuen jüdischen Friedhofs an der Ilandkoppel in Ohlsdorf umzubetten.

Die Publikation stellt zum einen die Geschichte dieser Verlagerung sowie die Interessen und Haltungen der Akteure dar. Zum anderen dokumentiert sie ausführlich den Bestand an Grabmalen durch Fotografien und Beschreibungen sowie durch die Wiedergabe und Übersetzung der Inschriften. Darüber hinaus bietet sie biografische Angaben zu den Bestatteten mit Verweisen auf andere Quellen und Darstellungen. Die aufwendige Forschungsarbeit entstand in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden und wurde getragen von einem Team renommierter Wissenschaftler.

Das Buch ist im Verlag Hanseatischer Merkur erschienen und als Band 10 der Themenreihe „Hamburg-Inventar" des Denkmalschutzamtes erschienen. Es ist im Buchhandel erhältlich für EUR 34,80 (ISBN: 978-3-922857-59-4).

Rückfragen der Medien:

Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt
040 / 42824-707, kristina.sassenscheidt@kb.hamburg.de

Enno Isermann, Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207, E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de

28. November 2013 bis28

„Frühestmöglich Freude am Sport wecken“

Sportsenator Michael Neumann verleiht erstmals die Auszeichnung Bewegungskita an acht Hamburger Kitas

Die Behörde für Inneres und Sport verleiht gemeinsam mit der Hamburger Sportjugend und dem Verband für Turnen und Freizeit die Auszeichnung „Bewegungskita“. Ziel ist, dass alle Hamburger Kinder sich täglich unter qualifizierter Anleitung bewegen.

In der Dekadenstrategie HAMBURGmachtSPORT ist Kinder- und Jugendsport ein zentrales Handlungsfeld. Alle Kinder und Familien müssen die Möglichkeit haben, sich sportlich und gesund zu bewegen - sei es in der Familie, im Verein, in der Kita oder der Schule. Vor diesem Hintergrund wurde die behördenübergreifende Hamburger Initiative zur Bewegungsförderung für Kinder „Auf die Plätze, fertig, los!“ gegründet.

Das Themenfeld Bewegung in Kindertagesstätten ist ein erster Handlungsschwerpunkt der Initiative. Zusammen mit den Partnern Verband für Turnen und Freizeit und der Hamburger Sportjugend wurden die Auszeichnungen „Bewegungskita“ und „BewegungskitaPLUS“ entwickelt. Ein wesentlicher Baustein ist die Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern im Bereich Bewegung, Spiel und Sport sowie die Integration von regelmäßigen Bewegungszeiten in den Tagesablauf der Kita. Mit Beantragung der Auszeichnung haben alle Hamburger Kitas auch die Möglichkeit, Fortbildungen im Bereich Bewegung und Sport gefördert zu bekommen. Die Informations- und Bewerbungsbroschüre wurde an alle Hamburger Kitas geschickt.

Bis jetzt sind 22 Bewerbungen um die Auszeichnungen „Bewegungskita“ und „BewegungskitaPLUS“ eingegangen. Die Prüfung erfolgt durch den Verband für Turnern und Freizeit sowie die Hamburger Sportjugend. Von den 22 Bewerbungen beziehen sich 9 auf die Auszeichnung BewegungskitaPLUS und 13 auf die Auszeichnung Bewegungskita. Acht Kitas haben nun alle Voraussetzungen erfüllt und wurden am Donnerstag (28. November) als Bewegungskita ausgezeichnet. Dies sind die ersten acht Hamburger Bewegungskitas:

Kita Sandkamp
elbpiraten Hamburg Kita Gasstraße
elbpiraten Hamburg Kita Wiben-Peter-Straße
HELM AG Betriebskindergarten
Kita Bekassinenau
Kita Kleiberweg
SVE Hamburg Bewegungskindergarten
Kita August-Bebel-Straße

Hamburgs Sportsenator Michael Neumann: „Ich freue mich, heute acht Hamburger Kitas als „Bewegungskita“ auszuzeichnen. Sie sorgen durch ihre Ausrichtung dafür, dass Kinder gesund aufwachsen und früh Freude an Sport und Bewegung finden. Mit der Förderung der Fortbildung möchte ich ein hochwertiges Bewegungsangebot in den Kitas erreichen und zudem Anreize für die Kitas schaffen, sich für die Auszeichnung zu bewerben. Ziel ist, dass jede Kita auch Bewegungskita wird!“

Rückfragen der Medien:
Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673
E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Landesvertretung Hamburg 28.11.2013/lv28

An der 917. Sitzung des Bundesrates am 29. November 2013 nehmen der Erste Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Dr. Peter Tschentscher und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil.

Die Tagesordnung umfasst 29 Punkte.

Hamburger Initiative zur Förderung der Elektromobilität vor Einbringung in den Bundestag

Der Bundesrat berät über eine von Hamburg initiierte neue Regelung zur Förderung der Elektromobilität. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll es klare Regelungen zum Laden von Elektrofahrzeugen an Ladesäulen geben, damit diese Plätze nicht von anderen Pkw blockiert werden. Daneben sollen Kommunen das Recht erhalten, bestimmte Fahrzeuge von Parkgebühren zu befreien. Wenn das betroffene Bundesland die Voraussetzung geschaffen hat, können Elektrofahrzeuge und andere emissionsarme Fahrzeuge zukünftig kostenreduziert oder kostenfrei in bestimmten Städten parken. Die genaue Ausgestaltet soll durch Verordnungen geregelt werden, zu denen dem Bundesrat eine ergänzende Entschließung vorliegt. Die Idee für eine solche Regelung hatte Hamburg in den Bundesrat eingebracht. Die Hamburger Initiative wurde während der Beratungen nach den Vorschlägen einiger Länder angepasst, so dass sich eine breite Mehrheit abzeichnet. **Innensenator Michael Neumann:** „Mit diesem geänderten rechtlichen Rahmen unterstützt Hamburg die Etablierung von neuer Technologie im Straßenverkehr." **Verkehrssenator Frank Horch:** „Hamburg ist eine technologiefreundliche, mobilitätsorientierte Stadt, die insbesondere bei den neuen Antriebsformen im Bereich Verkehr vorne dabei sein will. Daher ist mir die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für die Elektromobilität besonders wichtig." Nach der sich abzeichnenden Mehrheit im Bundesrat würde sie dem Bundestag zugeleitet werden, der dann darüber beraten muss.

Länder erreichen Verlängerung der Finanzierungsunterstützung durch den Bund

Mit dem Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung für Kinder unter drei Jahren wurde ein deutlicher Ausbau der bestehenden Infrastrukturen notwendig. Da dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, hat in der Vergangenheit auch der Bund seinen Beitrag dazu geleistet. Die daher von Seiten des Bundes im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 – 2013" zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 2,15 Mrd. Euro sind aber schon größtenteils verausgabt. Auch die seit

Februar 2013 bereitgestellten Mittel des Investitionsprogramms 2013–2014 für weitere 30.000 Plätze sind bereits in erheblichem Maße bewilligt. Insbesondere in den Ballungsgebieten bedarf es jedoch eines längeren Durchführungszeitraumes für entstehende Bauten, zahlreiche konkrete Projekte können nicht innerhalb der im Gesetz vorgesehenen Fristen solide geplant und realisiert werden. Gemeinsam forderten die Länder den Bund deshalb mit einer Bundesratsinitiative Anfang November auf, die Fristen zur Fertigstellung der Projekte um ein bzw. um eineinhalb Jahre zu verlängern. Diesem Appell kommt der Bundestag am 28.11.2013 voraussichtlich nach und wird die Fristverlängerung der Finanzierungshilfen beschließen. Der Bundesrat muss dem Gesetz dann nur noch zustimmen.

Hamburger Gesetzesinitiative zur Investment-Fonds-Regulierung

Der Bundesrat wird am Freitag abschließend das Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz (kurz: das AIFM-Steueranpassungsgesetz) beraten. Damit wird ein vor der Bundestagswahl ausgehandeltes Vermittlungsergebnis umgesetzt, das der Bundesrat in seiner Sitzung am 8. November beschlossen und dem Bundestag zugeleitet hat. Der Bundestag wird den Gesetzentwurf des Bundesrates am 28. November voraussichtlich verabschieden. Ziel des AIFM-Steueranpassungsgesetzes ist es, den Fondsstandort Deutschland weiter zu stärken. Mit dem Gesetz soll jedoch auch der Missbrauch im Investmentsteuerrecht eingedämmt werden. Einerseits werden also attraktive Rahmenbedingungen für die gebündelte Verwaltung von betrieblichem Altersvorsorgevermögen geschaffen und das sogenannte „Pension Asset Pooling“ auch in Deutschland ermöglicht. Für international tätige Unternehmen wird es künftig deutlich attraktiver, das Altersvorsorgevermögen ihrer ausländischen Tochterunternehmen zentral in Deutschland verwalten zu lassen und nicht auf ausländische Standorte auszuweichen. Dabei bauen die Regelungen auf der neu eingeführten Rechtsform einer steuertransparenten Personengesellschaft, der so genannten „Investmentkommanditgesellschaft“, auf. Andererseits werden durch die Neuregelung die steuerlichen Gestaltungs- und damit auch Missbrauchsmöglichkeiten im Investmentsteuerrecht eingeschränkt. Denn durch Steuerschlupflöcher in diesem Bereich gingen Bund und Länder Einnahmen in Milliardenhöhe verloren. Insbesondere bei der Ausgliederung von Pensionsverpflichtungen auf neu gegründete, oftmals konzernzugehörige Unternehmen entstanden Möglichkeiten der Steuervermeidung, die vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt waren. Das neue Gesetz verhindert künftig dieses ungewollte Steuergestaltungsmodell. Es wird nach der Verabschiedung am Freitag im Bundesrat noch in diesem Jahr in Kraft treten.

Der Meisterbrief – ein Zeichen für Qualität

Trotz hoher Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas und steigendem Fachkräftemangel in anderen läuft der Austausch von Arbeitskräften zwischen den Mitgliedstaaten nur schleppend. Dabei könnte sich eine höhere Arbeitskräftemobilität nach Einschätzung der Europäischen Kommission

positiv auf die Wirtschaft und damit auf die Beschäftigung in Europa auswirken. Sie hat daher eine umfangreiche Erfassung und Überprüfung bestehender Berufszugangsregelungen in allen Mitgliedsstaaten eingeleitet. Der Gedanke dahinter ist: Die Verringerung nationaler Regelungen, die festlegen, wer welchen Beruf ergreifen darf, und mehr Transparenz diesbezüglich öffnen die Märkte, führen zu mehr Wettbewerb und damit zu mehr Mobilität und Beschäftigung. Fragwürdig aus deutscher Sicht ist allerdings, dass damit auch das duale System in Deutschland, also etwa die Ausbildung in Handwerksbetrieben oder die Voraussetzung eines Meisterbriefs, um ausbilden zu dürfen, in Verdacht gerät, den deutschen Arbeitsmarkt unzulässig abzuschirmen. Entsprechend kritisch bewerten Hamburg und die anderen Ländern das Vorhaben der Kommission im Bundesrat. Sie beanstanden insbesondere, dass die positiven Effekte, die von der Berufszugangsregelung im Handwerksrecht ausgehen, nicht erfasst werden. Dabei hat das duale System anerkanntermaßen einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass Deutschland so gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen ist und eine überdurchschnittlich gute Wirtschafts- und Beschäftigungslage hat. Im Übrigen verursacht die Untersuchung erheblichen Aufwand und ist extrem kurzfristig angelegt – die Bestandsaufnahme der Berufszugangsregelungen soll europaweit bereits bis März 2014 abgeschlossen sein.

Notfallsanitäterinnen- und Notfallsanitäterausbildung wird angepasst

Zum 1. Januar 2014 wird die Ausbildung der Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter neu geregelt. Diese Neuregelung ersetzt das seit 1989 geltende Rettungsassistentengesetz. Ziel ist es, vor dem Hintergrund komplexer werdender Notfallsituationen, die Qualität im Rettungsdienst zu verbessern. Insbesondere sollen die Ausbildung um ein Jahr auf drei Jahre verlängert und die Anforderungen und Lehrinhalte umfassender und praxisnäher gestaltet werden, um die Qualität der Ausbildung und damit die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst zu verbessern, da komplexere Notfallsituationen zunehmend besondere Anforderungen an eine umfassendere Ausbildung stellen. Die jetzt dem Bundesrat vorliegende Ausbildungs- und Prüfungsverordnung gestaltet die im Notfallsanitätergesetz formulierten Ziele inhaltlich aus. Gleichzeitig legt sie fest, welche Anforderungen an Ergänzungsprüfungen gestellt werden, die bisherige Rettungsassistenten ablegen müssen, wenn sie die neue Berufsbezeichnung „Notfallsanitäter“ führen wollen. Hamburg hat an der Ausgestaltung der Verordnung mitgewirkt und mehrere Änderungseinträge eingebracht. Zur Umsetzung der Regelungen hat die Hamburger Feuerwehr ein Projekt zur Neuorganisation der Ausbildung in der Feuerwehrakademie eingerichtet.

Dopingbekämpfung verschärfen

Aktuell wird das Thema Dopingbekämpfung innerhalb der Sportverbände und der Politik diskutiert. Dem Bundesrat liegt hierzu ein Gesetzentwurf vor, nach dem eine neue Strafnorm „Dopingbetrug“ im Berufssport eingeführt werden soll. Doping ist aus Sicht aller Beteiligten mit einer Null-Toleranz-Politik

entgegenzutreten. Nicht nur der Besitz bestimmter Dopingmittel in nicht geringer Menge, sondern auch der Erwerb und der Handel mit Dopingmitteln soll zukünftig unter Strafe gestellt werden. Mit der sogenannten „Hamburger Erklärung“ vom 25./26.10.2013 fordern zudem die sechzehn Landessportbünde, wie zuvor auch der Deutsche Olympische Sportbund, dass neben der Einführung einer strafrechtlichen Norm „Dopingbetrug“ für den Berufssport der Grundsatz der „strict liability“ in der sportrechtlichen Behandlung von Dopingfällen beibehalten wird. Damit stehen neben den Sanktionsmöglichkeiten des organisierten Sports – insbesondere eine Sperre des Sportlers – nunmehr auch strafrechtliche Sanktionsmöglichkeiten zur Dopingbekämpfung zur Verfügung.

Städte beim Truppenabzug nicht alleinlassen

Schleswig-Holstein und Niedersachsen fordern - im Zusammenhang mit dem neuen Stationierungskonzept der Bundeswehr - die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) dazu verpflichten, bei der Verwertung ehemaliger militärischer Grundstücke auch die strukturpolitischen Ziele von Bund, Ländern und Kommunen zu berücksichtigen. Mit ihrem Entschließungsantrag fordern die beiden Länder die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem eine entsprechende Klausel in die gesetzlichen Grundlagen der BImA eingefügt wird. Eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltig erfolgreiche Entwicklung von Liegenschaften sei, dass deren Vermarktung nicht ausschließlich betriebswirtschaftlichen oder fiskalischen Überlegungen folge. Vielmehr müsse eine den kommunalen und regionalen Zielvorstellungen entsprechende Nachnutzung auch dann möglich sein, wenn diese nicht zum "vollen Wert" zu realisieren ist. Nach bisheriger Rechtslage muss sich die Anstalt bei der Verwertung der Liegenschaften vor allem an kaufmännischen Grundsätzen orientieren und das Vermögen wirtschaftlich veräußern. Es bedarf daher einer Öffnungsklausel, die die BImA dazu anhält, bei der Verwertung von Liegenschaften gleichrangig auch die strukturpolitischen Ziele der Länder und Kommunen zu berücksichtigen.

Rückfragen an:

Stefan Knögel

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Fon: 030 – 2 06 46-115

Email: stefan.knoegel@lv.hamburg.de

www.hamburg.de/landesvertretung

RECHNUNGSHOF
FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Hamburg, den 25. November 2013/rh25

Pressemitteilung

Hamburg Energie GmbH

Rechnungshof legt Gutachtliche Äußerung zur Hamburg Energie GmbH vor

Die **Hamburgische Bürgerschaft** hat den **Rechnungshof ersucht**, bei dem städtischen Energieversorgungsunternehmen Hamburg Energie GmbH eine Prüfung durchzuführen und hierüber zu berichten.

Der Rechnungshof hat das Ersuchen angenommen und ist in seiner heute Bürgerschaft und Senat zugeleiteten **Gutachtlichen Äußerung** zu folgenden Feststellungen gelangt:

- **Gründung und Betrieb** von Hamburg Energie als Beteiligung der Freien und Hansestadt Hamburg sind **mit den haushaltsrechtlichen Vorschriften** über das Eingehen von Beteiligungen **vereinbar**. Hamburg Energie durfte auch als Tochter der Hamburger Wasserwerke gegründet werden, nachdem der Geschäftszweck des Mutterunternehmens um die Energieversorgung erweitert worden war. Bei der Frage, ob das hierfür erforderliche wichtige staatliche Interesse vorliegt, besteht für den **Senat** ein **weiter Beurteilungsspielraum**, für dessen Überschreitung keine Anhaltspunkte vorliegen.

- Seit seiner Gründung im Jahre 2009 hat Hamburg Energie **in 14 Fällen öffentliche Aufträge** von der Stadt bzw. städtischen Unternehmen erhalten. Die **in fünf Fällen** erfolgte direkte Beauftragung des Unternehmens ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens ist **vom Hanseatischen Oberlandesgericht bereits 2010 für unzulässig erklärt** worden. Eine danach mit den Hamburger Wasserwerken vereinbarte Vertragsverlängerung eines derartigen direkten Auftrags war somit gleichfalls fehlerhaft. Auch bei fünf weiteren Aufträgen hat der Rechnungshof Verstöße gegen das Vergaberecht festgestellt, für die die jeweiligen Auftraggeber verantwortlich sind. So haben etwa die Wasserwerke Aufträge an Hamburg Energie aufgespalten und damit Schwellenwerte des EU-Vergaberechts unzulässig unterschritten und die Hamburger Hochbahn AG hat fälschlich einen Gasversorgungsvertrag nicht europaweit ausgeschrieben. Insgesamt erwiesen sich damit von den vom Rechnungshof geprüften neun Vergaben **sechs Vergaben** als **fehlerhaft**. Weitere **drei Vergaben** durch die Freie und Hansestadt Hamburg sowie durch die Bäderland Hamburg GmbH sind **nicht zu beanstanden**.

- Die Geschäftsbeziehungen zwischen den Hamburger Wasserwerken und Hamburg Energie (z.B. bei Dienstleistungen, Personalgestellungen oder Raumüberlassungen) hat der Rechnungshof unter dem Gesichtspunkt untersucht, ob und inwieweit Hamburg Energie durch Leistungen der Wasserwerke Vorteile erfahren hat und damit im Wettbewerb begünstigt worden ist. Der Rechnungshof hat festgestellt, dass sich die **Geschäftsbeziehungen zwischen Mutter und Tochter** vielfach auf praktische wirtschaftliche Erwägungen zurückführen lassen, wie sie innerhalb eines Konzerns üblich und insoweit **ökonomisch nachvollziehbar** sind. **Nach nationalem Recht** sind sie auch **nicht zu beanstanden**. **Kritischer** beurteilt der Rechnungshof die Frage der Marktkonformität. Dieser aus dem EU-Recht entlehnte Begriff betrifft vor allem die Frage, ob die

Leistungsbeziehungen zwischen den betreffenden Unternehmen denen unabhängiger Dritter entsprechen, also marktkonform sind, oder nicht und ob das betreffende Unternehmen im Wettbewerb durch das „Mutterunternehmen“ tatsächlich begünstigt wird. Die einzelnen Geschäftsbeziehungen zwischen den Hamburger Wasserwerken und Hamburg Energie halten einem derartigen Vergleich nicht durchgängig stand, und zwar insbesondere deshalb, weil bei den Kosten, die die Wasserwerke Hamburg Energie in Rechnung gestellt hat, auf die marktüblichen Gewinn- und Risikoaufschläge verzichtet wurde und Werbeleistungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden. Derartige Vertragsbeziehungen eines im Wettbewerb stehenden öffentlichen Unternehmens mit einem anderen, das seine Gewinne im Wesentlichen aus seiner Monopolstellung schöpft, betrachtet der Rechnungshof als kritisch, weil damit die Möglichkeit besteht, dass der Wettbewerb beeinträchtigt werden könnte. Das Volumen, in dem Hamburg Energie Dienstleistungen von den Wasserwerken bezog, machte nach Angaben von Hamburg Energie 2012 allerdings weniger als 1 % ihrer Betriebsaufwendungen aus.

- Hamburg Energie hat nach – seiner eigenen Planung entsprechenden – Anfangsverlusten im dritten vollständigen Geschäftsjahr **erstmals 2012** einen **leichten Gewinn** erwirtschaftet. Das Unternehmen nahm hierbei allerdings **Bilanzierungswahlrechte** in Anspruch, die seine **Ertragslage kurzfristig günstiger darstellten**, gleichzeitig aber Aufwand in die Zukunft verschoben. Dieses Bild hätte sich nach den für die Stadt geltenden Bilanzierungsregeln nicht ergeben. Inwieweit Hamburg Energie in den kommenden Jahren eine angemessene Rendite auf das von den Hamburger Wasserwerken eingesetzte Eigenkapital in Höhe von 7 Mio. Euro erwirtschaften kann, lässt sich derzeit nicht abschließend beantworten. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die künftigen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft bestehen jedenfalls Risiken.

Präsident Dr. Schulz: „Der Rechnungshof hat Hamburg Energie nach den einschlägigen Maßstäben geprüft und legt ein Ergebnis vor, das gerade in Zeiten energiepolitischer Diskussionen und Veränderungen eine Grundlage für eine sachliche politische Auseinandersetzung bieten kann.“

Für Rückfragen:

Birgit Carstens-Wähling,
Leiterin der Präsidialabteilung,
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg
Tel.: 040 / 428 23 – 1785 / Fax: 040 / 4279-12785
E-Mail: Rechnungshof@rh.hamburg.de

Die Gutachtliche Äußerung „Hamburg Energie GmbH“
ist unter www.rechnungshof.hamburg.de abrufbar.

Terminkalender

Vom 2. Dezember bis 8. Dezember 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 02.12.2013

09:30 UKE, Campus Lehre, Haus N 55
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt eröffnet mit einem Grußwort die **Hamburger Auftaktveranstaltung zum 8. EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“**.

Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt teil.

11:00 Kinderbibliothek in der HÖB, Hühnerposten 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Auftaktveranstaltung von „Lesestart Hamburg“**.

11:30 Ochsenweber Str. 7-13a
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort beim **Spatenstich für das Bauvorhaben Ochsenweberstraße, 1000. Baubeginn der SAGA GWG im Jahr 2013.**

14:30 Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt die **Generalkonsulin der Republik Ecuador, Tanja Narvaez**, zum Gespräch.

16:00 Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich des **Senatsempfangs zur Blutspender-Ehrung** ein Grußwort.

18:00 KörberForum, Kehrwieder 12
Senatorin Jana Schiedek spricht als Schirmherrin ein **Grußwort anlässlich der Auftaktveranstaltung des Projektes „mint:pink“ der Initiative Naturwissenschaft & Technik**.

18:00 Handelskammer Hamburg, Commerzsaal, Adolphsplatz 1
Senator Michael Neumann nimmt am **2. Hamburger Sportkonvent** teil.

18:00 Aula Schule Stengelestaße 38
Staatsrat Michael Sachs übernimmt die **Verleihung des „OTTO LINNE PREISES 2013**.

19:00 Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Olaf Scholz hält im Rahmen einer **Veranstaltung des Personalamtes in der Reihe „Frauen in Spitzenfunktionen“** eine Rede**.**

Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.

19:30 Literaturhaus, Schwanenwik 38
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung der Förderpreise für Literatur und literarische Übersetzungen**.

21:00 Hotel Atlantic
Senator Dr. Peter Tschentscher ist zu Gast bei der **„Movie meets Media-Night“**.

Dienstag, den 03.12.2013

13:30 Feldbrunnenstraße 58
Bürgermeister Olaf Scholz besucht das **UNESCO Institute für Lifelong Learning (UIL)**.

14:45 Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Abschlusskonferenz von „Co2ol Bricks“**.

15:30 St.-Ansgar-Haus, Schmilinskystraße 78
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen einer Feier zum **75. Geburtstag von Erzbischof Dr. Werner Thissen** ein Grußwort.

18:00 Rathaus, Großer Festsaal
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort anlässlich des **Senatsempfangs zum Welt-Aids-Tag**.

18:15 St. Marien-Dom, Am Mariendom 2
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Senator Michael Neumann nehmen anlässlich des **75. Geburtstages von Erzbischof Dr. Werner Thissen an einem Pontifikalamt** teil.

19:00 Bürgersaal Fürstenried, Züricher Str. 35, 81476 München
Senatorin Jutta Blankau nimmt an einer **Diskussionsveranstaltung zum Thema „Zukunft München – Wie wollen wir leben? Wohnen und Mieten in der Stadt“** teil.

Mittwoch, den 04.12.2013

09:45 Hotel Empire Riverside Hamburg, Bernhard-Nocht-Str. 97
Senatorin Jutta Blankau spricht bei der **2. Deutschen Nachhaltigkeitskonferenz Logistik** ein Grußwort.

10:00 Lübeck, Musik und Kongresshalle
Staatsrat Andreas Rieckhoff nimmt an der **Regionalkonferenz „ Umsetzung der Energiewende in der „Metropolregion Hamburg“**.

11:00 Luruper Hauptstr. 116
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort bei der **Grundsteinlegung für das Neubauprojekt Hamburg-Lurup der NEUE LÜBECKER Norddeutschen Baugenossenschaft eG**.

11:00 Alsterdorf, In der Alten Küche am Alsterdorfer Markt 18
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort anlässlich des **Fachsymposiums „Wer organisiert das Soziale Das Quartier als zentrale Handlungs- und Steuerungsebene in Hamburg“** der Evangelischen Stiftung Alsterdorf.

Staatsrat Jan Pörksen nimmt teil.

14:00 Berlin
Senator Ties Rabe nimmt teil an der **Veranstaltung der Kultusministerkonferenz (KMK)** "Bilanz und Perspektive für Bildungspolitik und Bildungspraxis vor dem Hintergrund der Überarbeitung der Gesamtstrategie der KMK zum Bildungsmonitoring"

Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt teil.

18:00 Steigenberger Hotel Remarque, Natruper-Tor-Wall 1, 49076 Osnabrück
Senator Michael Neumann und Staatsrat Volker Schiek nehmen bis Freitag, den 06.12.2013 an der **Innenministerkonferenz** teil.

18:30 Kehrwieder-Theater, Kehrwieder 6, 20457 Hamburg
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort anlässlich des **"Hamburger Bildungspreises 2013"** der Haspa und des Abendblattes.

19:00 Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt zum **„ Weihnachtlichen Abend mit dem YoungClassiX Solistenensemble“**.

19:00 Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **7. Hamburger Logistik-Dinners** ein Grußwort.

Senator Frank Horch, Staatsrat Dr. Bernd Egert und Staatsrat Jens Lattmann nehmen teil.

Donnerstag, den 05.12.2013

ganzt ägig Berlin
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Senator Ties Rabe nehmen an der **344. Kultusministerkonferenz** teil.

09:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks begrüßt die Delegierten der **AIM (Association Internationale de la Mutualite)** mit einem Grußwort.

09:00 Radison Blu Hotel Hamburg
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht anlässlich des **Aviation Forums** ein Grußwort.

11:00 Rathaus,Turmsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Senatsempfangs für die Sieger des Wettbewerbs „WorldSkills 2013“** für junge Auszubildende in Deutschland ein Grußwort.

14:00 Finnische Seemanskirche, Dietmar-Koel-Str.6
Senator Frank Horch spricht ein Grußwort beim Empfang anlässlich der **Amtseinführung des finnischen Honorarkonsuls Hans-Christoph Stadel** am Nationalfeiertag Finnlands, zu dem die Botschafterin der Republik Finnland eingeladen hat.

Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.

15:00 Music House, Haldesdorfer Straße 106
Staatsrat Jens Lattmann ist zu Gast beim **Weihnachtsempfang der Deutschen Steuergewerkschaft**.

17:00 Hauptkirche St. Katharinen, Katharinenkirchhof 1
Senator Detlef Scheele und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen am **Adventsempfang der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland** teil.

18:00 Plenarsaal des Oberlandesgerichts, Sievekingplatz 2
Senatorin Jana Schiedek spricht ein Grußwort anlässlich der **Präsidiumssitzung des**

Bundes Deutscher Rechtspfleger.

18:00 Kiel, Kieler Schloss
Staatsrat Jens Lattmann ist zu Gast beim **49. Grünkohlessen der norddeutschen Unternehmensverbände**.

19:00 Sammlung Falckenberg, Wilstorfer Straße 71
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung des „Edwin-Scharff-Preises 2013“**.

19:00 Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Helferempfanges "Hamburg engagiert sich"** ein Grußwort.

19:00 Atlantic-Haus, Bernhard-Nocht-Str. 113
Senator Dr. Peter Tschentscher hält eine Rede beim **Weihnachtsempfang des BFW**.

20:00 US-Generalkonsulat, Alsterufer 27/28
Senator Dr. Peter Tschentscher ist zu Gast beim **X-Mas-Tree-Lightning**.

Freitag, den 06.12.2013

19:00 Kurhaus Wiesbaden, Kurhausplatz 1, 65189 Wiesbaden
Senator Michael Neumann nimmt am Abendempfang anlässlich der **9. Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen-Sportbundes** in Wiesbaden teil.

Samstag, den 07.12.2013

09:00 Rhein-Main-Hallen, Rheinstraße 20, 65185 Wiesbaden
Senator Michael Neumann nimmt an der **9. Ordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes** teil.

18:00 Hotel Steigenberger Hamburg, Heiligengeistbrücke 4
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht zum **125-jährigen Jubiläum des Vereins der Österreicher in Hamburg e.V.** ein Grußwort.

Sonntag, den 08.12.2013

18:00 Staatsoper, Große Theaterstraße 25
Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Jens Lattmann besuchen die **Premiere von „Weihnachtsoratorium (Teile I-VI)“**, Ballett von John Neumeier.